

«Die Schweizer sollten mehr ausgeben»

BILL WHITE Der frühere Chefökonom der BIZ ruft die Schweizer zu mehr Konsum auf, um hochverschuldete Staaten wie Griechenland zu unterstützen. Dies liege im Eigeninteresse der Schweiz. Für die hiesige Wirtschaft ist White optimistisch: Eine starke Aufwertung des Frankens sei zu verkraften.

INTERVIEW: NATALIE GRATWOHL

Bill White hat die Finanzkrise als einer der wenigen kommen sehen und jahrelang vergeblich davor gewarnt. Eigentlich wollte der im Baselbiet wohnhafte Kanadier nach seiner Tätigkeit als Chefökonom der BIZ seinen Ruhestand geniessen. Doch jetzt ist der renommierte Ökonom gefragt denn je, sei es als Gastredner an verschiedenen Kongressen oder als Leiter des OECD-Prüfungsausschusses. In dieser Funktion hat White kürzlich die deutsche Bundeskanzlerin Angela Merkel getroffen, um Reformvorschläge zu diskutieren.

Trotz extremer Rettungsprogramme ist noch längst keine Normalität eingeleitet. Welche Möglichkeiten verbleiben überhaupt noch, um die Krise zu bekämpfen?

Bill White: Zur Bekämpfung der letzten Finanzkrise haben wir sehr viel Munition eingesetzt. Nachher zu behaupten, dass dies alles falsch war, ist sehr gewagt. Doch je weiter wir diesen Weg beschreiten, desto schlimmer wird es. Und dabei verschärfen die von den Staaten aufgebrachten Sicherheitsnetze die Ungleichgewichte ja noch. Vielleicht fehlt mir der

«Die Modelle beruhen auf falschen Annahmen. Jetzt braucht es eine Revolution in der Ökonomie.»

Mut: Ich denke aber, kurzfristig muss das Notwendige getan werden. Dabei sollten jedoch die mittelfristigen Folgen nicht vergessen werden. Dann muss man möglichst rasch wieder auf den richtigen Weg zurückfinden.

Wie gelingt dies?

White: Alle Ungleichgewichte existieren noch immer. Hier ist es wichtig zu wissen, dass die ökonomischen Modelle auf falschen Annahmen beruhen. Es wird vorausgesetzt, dass sich die Wirtschaft von selbst wieder ins Gleichgewicht bringt. Dies bedeutet: Wenn wir ein Problem haben, wird es automatisch gelöst, bis wir wieder Vollbeschäftigung haben und zurück auf dem Pfad des Potenzialwachstums sind. Doch in der Realität ist die Arbeitslosenrate nach drei Jahren Finanzkrise noch immer hoch. In vielen Industrieländern steigt sie sogar weiter an, und es gibt keine Anzeichen, dass die Arbeitslosenrate von selbst sinken wird.

Dann brauchen wir eine völlig neue makroökonomische Theorie?

White: Ja, wie der Ökonom John Maynard Keynes bereits 1930 sagte: «Wir sind in einem riesigen Durcheinander. Wir haben in der Bedienung einer komplexen Maschine, deren Funktionsweise wir nicht verstehen, einen groben Fehler gemacht.» Es braucht jetzt eine Revolution in der Ökonomie. Einige sehr bekannte Ökonomen denken zwar bereits in anderen Dimensionen, ausserhalb der Grenzen der traditionellen makroökonomischen Modelle. Dies ist sehr wichtig, weil nur jene, die schon einflussreich sind, den Aufstand probieren können. Die anderen müssen zuerst noch eine Karriere machen.

Wie muss man sich eine solche Revolution vorstellen?

White: Alle makroökonomischen Modelle berücksichtigen die Kreditvergabe, die Aktienmärkte und die Bilanzsituation zu wenig. Dies gilt vor allem für den Firmen- und Privatsektor. Auch der genannten Gefahr von Ungleichgewichten wird zu wenig Rechnung getragen. Beides führt zu Krisen, auf die nur eine schleppende Erholung folgt. Solche neue Modelle zu finden, ist aber nicht einfach, und es braucht lange, um so etwas umzusetzen.

Sie haben solche Dinge frühzeitig erkannt und als einer der wenigen vor der Finanzkrise gewarnt. Warum wurden Sie nicht gehört?

White: Die meisten Ökonomen, Regierungen und Institutionen wie der IMF oder die OECD haben die Turbulenzen nicht kommen sehen. Der wichtigste Grund war vielleicht, dass die Akteure an den Finanzmärkten unglaublich viel Geld verdient haben. Sie haben dies aber eher



Bill White, 67: «In vielen Ländern gehen die Arbeitnehmer mit 60 oder gar mit 55 in Rente. Das macht keinen Sinn.»

ihrer eigenen Cleverness zugeschrieben als dem Umstand, dass sie viel grössere Risiken eingegangen sind. Die Zentralbanken waren überzeugt, dass in der Weltwirtschaft nichts Ernsthaftes passieren könne, solange die Inflation unter Kontrolle gehalten wird. Beide haben sich letztlich gesagt: «Einem geschenkten Gaul schaut man nicht ins Maul.»

Die BIZ hat kürzlich vor den Staatsdefiziten und den Bankenrisiken gewarnt. Befürchten Sie, dass es zu einer weiteren Bankenkrise kommt?

White: Nein, das denke ich nicht. Die Zentralbanken, allen voran die Europäische Zentralbank, werden sicherstellen, dass der Interbankenmarkt weiterhin funktionieren wird. Es gibt aber keinen Zweifel, dass auf die griechischen und spanischen Banken schwierige Zeiten zukommen. Das Kernproblem ist die exzessive Verschuldung. Es ist nicht nur ein Liquiditätsproblem, sondern vielmehr ein Solvenzproblem für gewisse Länder – und damit natürlich auch für einzelne Finanzinstitutionen.

Wie sollte das Schuldenproblem angepackt werden?

White: Die Privathaushalte und die Firmen, die in der Lage sind, mehr zu konsumieren, sollten dazu ermuntert werden. Dies hört sich nicht nach einer grossen Botschaft an, ist es aber allemal. Es ist ein Aufruf an die Deutschen oder die Schweizer – also Länder mit grossen Exportüber-

schüssen und ziemlich gesunden Staats Haushalten –, dass auch sie eine Rolle spielen müssen, um die globalen Ungleichgewichte wieder ins Gleichgewicht zu bringen. Sie können nicht einfach alle notwendigen Veränderungen den Schuldner überlassen, sonst wird es noch viel schlimmer. Leider scheint es momentan so, dass die Schuldner in einem negativen Licht betrachtet werden. Die Gläubiger sind die Guten, die ihr Verhalten nicht ändern müssen, um dieses Problem zu lösen. Doch dies ist falsch. Wir sitzen alle im gleichen Boot.

«Das US-Defizit ist riesig. Ich vermute daher, dass die Skepsis gegenüber dem Dollar wieder ansteigen wird.»

Sollten die Schweizer mehr ausgeben, um überschuldete Länder zu retten?

White: Ja, die Schweizer sollten sich darauf einstellen, mehr Geld auszugeben. Dies liegt in ihrem eigenen Interesse, aber auch im Interesse der anderen. Die Schweizer sparen viel, ebenso wie die Deutschen. Die Deutschen verkaufen ihre BMW den Griechen und erhalten dafür ein Stück Papier. Wenn die Griechen die Zinsen nicht bezahlen können, bleibt den Deutschen nur das Stück Papier. Wo ist da die Logik? Wir müssen ein System finden, das die Griechen ermutigt, mehr zu exportieren, sodass die Deutschen mehr konsumieren

können. Wenn wir jetzt nicht kooperieren, werden am Schluss alle Gläubiger auf einem Blatt Papier sitzen bleiben.

Fällt dann die EU auseinander?

White: Dies halte ich für zu pessimistisch, ebenso wie die Rede vom Ende des Euro. Die Politiker haben über 20 Jahre für den Euro gearbeitet. Sie werden enorme Anstrengungen unternehmen, um ihre Gemeinschaftswährung zu verteidigen. Sie haben bereits Massnahmen ergriffen, um das Krisenmanagement zu verbessern, und sehr wahrscheinlich werden noch stärkere Präventionsmassnahmen folgen.

Die Staaten haben rigorose Sparprogramme angekündigt. Doch von den impliziten Schulden wie etwa den Pensionszahlungen ist wenig die Rede.

White: Das ist verrückt! In vielen europäischen Ländern gehen die Arbeitnehmer mit 60 oder sogar mit 55 in Rente. Dies macht keinen Sinn. Ja, die Bürger haben ein Recht darauf. Aber es ist das Gleiche wie mit dem BMW und den Griechen. Wenn kein Geld mehr vorhanden ist, werden diese Verträge nicht eingehalten. Die Arbeitnehmer sollten länger arbeiten. Sie leben ja auch länger und bleiben länger gesund. Daraus entsteht ein doppelter Gewinn: Sie zahlen Steuern, um andere zu unterstützen.

Welche weiteren Reformen braucht es?

White: Zum Beispiel der Arbeitsmarkt. Wir haben ein grosses Insider-Outsider-Pro-

ZUR PERSON

Steckbrief

Name: William White

Alter: 67

Wohnort: Binningen BL

Familie: Verheiratet, vier Kinder

Ausbildung: Studium an den Universitäten von Windsor und Manchester

Karriere

1969–1970 Bank of England, Ökonom

1972–1994 Bank of Canada, zuletzt als stellvertretender Präsident

1994–2008 Bank für Internationalen Zahlungsausgleich (BIZ), Manager in der Währungs- und Wirtschaftsabteilung, ab 1995 Wirtschaftsberater und Leiter der Währungs- und Wirtschaftsabteilung

2008–2010 Leiter des wirtschaftspolitischen Prüfungsausschusses der OECD

blem. Die Insider behalten ihren Job für immer. Die armen Arbeiter ausserhalb des Zirkels können dagegen jederzeit gefeuert werden. Die Wirtschaft würde viel besser funktionieren, wenn die Insider weniger Rechte und die Outsider mehr Rechte hätten. Jetzt ist es an der Zeit, dies zu ändern. Ich arbeite jetzt für die OECD und habe kürzlich Bundeskanzlerin Angela Merkel und den deutschen Finanzminister getroffen, um unter anderem solche Empfehlungen zu diskutieren.

Ist die Schuldensituation in den USA schlimmer als in Europa?

White: Es ist genau so schlimm wie im Durchschnitt in Europa, wobei sicher einige europäische Länder besonders ausgeprägte Probleme haben. Ein besonderes Problem ergibt sich daraus, dass ein Grossteil der amerikanischen Schuldenlast von Ausländern getragen wird. Diese Schulden sind alle in Dollar denominiert. Somit könnte eine Abwertung des US-Dollar einen Ausweg aus der Schuldenfalle darstellen. Dies geht zulasten der Gläubiger. Auch wenn dies die US-Behörden gar nicht beabsichtigen, könnten die Gläubiger anfangen, sich über die Abwertung des Dollar Sorgen zu machen. Sie könnten dann versucht sein, ihre Dollars loszuwerden.

Brauchen wir dann eine neue Leitwährung?

White: Der Dollar gewinnt momentan an Wert. Aber fundamental betrachtet sollte der Dollar sinken. Die Amerikaner haben ein riesiges Leistungsbilanzdefizit, das ist ein grosses Problem. Deshalb vermute ich, dass die Skepsis gegenüber dem Dollar wieder zunehmen wird. Es könnte zu einem Phänomen kommen, das als Triffin-Paradox bekannt ist. Die USA, das Land mit der Reservewährung, muss ein Handelsbilanzdefizit haben, damit die anderen Länder Dollarreserven aufbauen können. Doch je grösser dieses Defizit wird, desto weniger Akteure wollen ihre Reserven in dieser Währung halten.

Im Moment flüchten Anleger in sichere Häfen wie die Schweiz. Wird der Franken weiter an Wert gewinnen?

White: Eine starke Währung ist der Preis für den Erfolg einer Volkswirtschaft. Im Vergleich zu vielen anderen Ländern hat die Schweiz einen grossen Leistungsüberschuss und eine starke Wirtschaft. Es ist wahrscheinlich, dass sich der Schweizer Franken weiter aufwerten wird. Längerfristig wird der Schweizer Franken stärker werden aufgrund der Zuflüsse, die aus Auslandsinvestitionen entstehen.

Wie stark wird der Schweizer Franken die Exportindustrie belasten?

White: Die Schweizer Wirtschaft hat es in den letzten Jahrzehnten wiederholt geschafft, eine substanzielle Aufwertung des Schweizer Franks zu verkraften. Ich habe keine Zweifel, dass dies auch künftig der Fall sein wird. Die Voraussetzungen für die Schweizer Wirtschaft sind sehr gut im Vergleich zur Situation in vielen anderen Ländern. Problematischer, als wenn die Währung über einen gewissen Zeitraum stetig an Wert gewinnt, wäre eine sehr rasche Aufwertung des Schweizer Franks.